



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 15.03.2022 – Auszug aus Drucksache 18/21882 –

Frage Nummer 48

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Stefan Löw** (AfD) Ich frage die Staatsregierung, welche Firmen ihre Produktionen aufgrund staatlicher bzw. behördlicher Anordnung wegen eines Gasmangels o. ä. Gründe einschränken mussten, in welcher Höhe diese Entschädigung erhalten und wie lange die Gasbestände, unter Berücksichtigung der aktuellen Lieferlage oder des Ausfalls von russischen Gaslieferungen bei durchschnittlichem Verbrauch zu dieser Jahreszeit, voraussichtlich reichen würden?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ist kein Fall bekannt, dass eine Firma ihre Produktion aufgrund staatlicher bzw. behördlicher Anordnung wegen eines Gasmangels o. ä. Gründe einschränken musste. Es ist hier auch kein Fall bekannt, dass der Gasbezug eines Unternehmens auf der Grundlage von § 16 Abs. 1 oder Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz durch einen Gasnetzbetreiber eingeschränkt wurde.

Der Erdgasverbrauch ist stark temperaturabhängig. Auf die Monate Oktober bis März entfallen in Deutschland rund zwei Drittel des Jahresverbrauchs. Der Gasverbrauch in den nächsten Tagen und Wochen hängt stark davon ab, wie lange die Heizsaison andauert. Wegen der milden Temperaturen konnten die deutschen Gasspeicher seit dem 10. März 2022 wieder geringfügig befüllt werden. Der Speicherfüllstand am 13. März 2022 lag bei 25 Prozent.

Bei den derzeit milden Temperaturen wäre auch bei einem Ausfall russischer Gaslieferungen die Belieferung der Gaskunden möglich. In den nächsten Monaten ist es aber notwendig, die Speicher für den Winter 2022/2023 ausreichend zu befüllen. Hierfür sind auch nach Einschätzung der Europäischen Kommission vom 8. März 2022 in „REPowerEU: Gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“ Gaslieferungen aus Russland notwendig. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass bis zum Ende des Jahres die Nachfrage der EU nach russischem Gas um zwei Drittel verringert werden kann.